

Teil D: Teilnahmeantrag

Name des Bewerbers bzw. der Bewerbungsgemeinschaft

--

Bei Bewerbungsgemeinschaft: Name des bevollmächtigten Vertreters der Bewerbungsgemeinschaft

--

Anschrift, Ansprechpartner, Telefon/Fax/E-Mail des Bewerbers bzw. des bevollmächtigten Vertreters der Bewerbungsgemeinschaft

--

**Nationale Identifikationsnummer des Bewerbers bzw. des bevollmächtigten Vertreters der Bewerbungsgemeinschaft
(bitte ankreuzen und ergänzen)**

- ☐ USt.-Identifikationsnummer: _____
- ☐ Handelsregister-Nr. HR _____ Amtsgericht: _____

**Angaben zur Größe des Bewerberunternehmens
(bitte ankreuzen)**

- ☐ Kleinunternehmen (bis 9 Beschäftigte und bis 2 Mio. EUR Umsatz)
- ☐ Kleines Unternehmen (bis 49 Beschäftigte und bis 10 Mio. EUR Umsatz und kein Kleinunternehmen)
- ☐ Mittleres Unternehmen (bis 249 Beschäftigte und bis 50 Mio. EUR Umsatz und kein kleines Unternehmen)
- ☐ Großunternehmen (über 249 Beschäftigte oder über 50 Mio. EUR Umsatz)

**Angabe der Nationalität des Eigentümers des Bewerberunternehmens
(sofern keine Börsennotierung vorliegt)
(bitte ankreuzen und ggf. ausfüllen)**

- ☐ Das Unternehmen **ist** börsennotiert.
- ☐ Das Unternehmen **ist nicht** börsennotiert. Der wirtschaftliche Eigentümer (d. h. der wirtschaftlich Berechtigte im Sinne des § 3 Geldwäschegesetz) des Unternehmens besitzt folgende Staatangehörigkeit:

Ich/wir bewerbe/n mich/uns um die Teilnahme an dem von dem Auftraggeber durchgeführten Verhandlungsverfahren. Ich/wir erkläre/n, dass die in diesem Formblatt und den Anlagen getätigten Erklärungen und sonstige Angaben zutreffend sind. Mir/uns ist bewusst, dass mein/unser Teilnahmeantrag bei fehlenden oder unzutreffenden Erklärungen/Angaben von dem Verfahren ausgeschlossen werden kann.

Mein/unser Teilnahmeantrag umfasst neben diesem Formblatt folgende Bestandteile:

1. Referenzblatt (Anlage D01) in erforderlicher Anzahl.

Bitte verwenden Sie das Referenzblatt in entsprechender Anzahl und nummerieren Sie die Referenzleistungen fortlaufend. Bitte beachten Sie die Mindestanforderungen des Auftraggebers (**Anlage A01 zu Teil A**).

2. Nachweise der Berufszulassung für Projektleiter und stellv. Projektleiter.

Bitte fügen Sie für die als Projektleiter und stellv. Projektleiter vorgesehenen Personen jeweils einen Nachweis der Berufszulassung bei. Bitte beachten Sie die Mindestanforderungen des Auftraggebers (**Anlage A01 zu Teil A**).

3. Nachunternehmerverzeichnis (Anlage D02).

Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Abschnitt O der Verfahrensbedingungen (**Teil A**). **Bitte geben Sie die Anlage auch dann ausgefüllt ab, wenn kein Nachunternehmereinsatz vorgesehen ist.**

4. Rechtsverbindlich unterzeichnete Verpflichtungserklärung (Anlage D03) in erforderlicher Anzahl, soweit erforderlich.

Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Abschnitt P der Verfahrensbedingungen (**Teil A**).

5. Rechtsverbindlich unterzeichnete Bewerbungsgemeinschaftserklärung (Anlage D04) soweit erforderlich.

Bitte beachten Sie die diesbezüglichen Vorgaben des Auftraggebers in Abschnitt Q der Verfahrensbedingungen (**Teil A**).

6. Eigenerklärung gemäß § 4 NTVergG (Anlage D05)

A. Jahresumsatz

Angabe des Jahresumsatzes (EUR, netto):

Hinweis: Bei einem Teilnahmeantrag durch eine Bewerbergemeinschaft ist die Summe aus den Jahresumsätzen aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft anzugeben.

	Jahresumsatz insgesamt	Jahresumsatz aus Leistungen	Jahresumsatz aus vergleichbaren Leistungen
2023			
2024			
2025			

B. Personalstand

Angabe des Personalstands im Jahresdurchschnitt:

Hinweis: Bei einem Teilnahmeantrag durch eine Bewerbergemeinschaft ist der Personalstand als Summe aller bei den Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft beschäftigten Personen.

	Büroinhaber/Geschäftsführer/	Architekten/Ingenieure	Kaufmännische/technische Mitarbeiter
2023			
2024			
2025			

C. Projektleitung

Angabe der für die Projektleitung vorgesehenen Personen:

	Name	Berufliche Qualifikation (Beachte Mindestanforderungen in Teil A, Anlage A01)	Berufserfahrung in Jahren
Projektleiter			
Stellv. Projektleiter			
Bauleiter			
Stellv. Bauleiter			

D. Betriebshaftpflichtversicherung

- ☐ Wir erklären, dass wir eine den Vorgaben der des Vergabeverfahrens (**Anlage A01 Krit. 2**) entsprechende Vermögensschadenshaftpflichtversicherung abgeschlossen haben bzw. im Auftragsfall eine solche abschließen werden.

Die folgende Tabelle ist nur auszufüllen, wenn bereits ein den Anforderungen entsprechender Versicherungsschutz vorhanden ist.

Name der Versicherung; Vers.-Nr. (sofern bereits bestehend):	Versicherungssummen in Mio. EUR
	(mind. 5,0 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden; mind. 0,5 Mio. EUR für Vermögensschäden)
Personenschäden:	
Sachschäden:	
Vermögensschäden:	

Die genannten Deckungssummen stehen je Versicherungsjahr **mindestens 2-fach** zur Verfügung. Wir werden das Bestehen der Versicherung auf Verlangen vor einem möglichen Zuschlag und auch später jederzeit gegenüber dem Auftraggeber nachweisen.

E. Berufshaftpflichtversicherung

- ☐ Wir erklären, dass wir eine den Vorgaben der des Vergabeverfahrens (**Anlage A01 Krit. 3**) entsprechende Vermögensschadenshaftpflichtversicherung abgeschlossen haben bzw. im Auftragsfall eine solche abschließen werden.

Die folgende Tabelle ist nur auszufüllen, wenn bereits ein den Anforderungen entsprechender Versicherungsschutz vorhanden ist.

Name der Versicherung; Vers.-Nr. (sofern bereits bestehend):	Versicherungssummen in Mio. EUR
	(mind. 3,0 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden; mind. 1,5 Mio. EUR für Vermögensschäden)
Personenschäden:	
Sachschäden:	
Vermögensschäden:	

Die genannten Deckungssummen stehen je Versicherungsjahr **mindestens 2-fach** zur Verfügung. Wir werden das Bestehen der Versicherung auf Verlangen vor einem möglichen Zuschlag und auch später jederzeit gegenüber dem Auftraggeber nachweisen.

F. Eigenerklärung zur Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft

Für den Bereich der Bauleistungen besteht eine Mitgliedschaft in folgender Berufsgenossenschaft:

Name und Mitgliednummer der Berufsgenossenschaft

G. Gesetzliche Ausschlussgründe

I. Verurteilungen/Geldbußen

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass **keine** Person, deren Verhalten im Sinne von § 123 Abs. 3 GWB meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen eines der folgenden Straftatbestände

rechtskräftig verurteilt worden ist **und** gegen mein/unser Unternehmen **keine** Geldbuße gemäß § 30 OWiG wegen eines dieser Straftatbestände rechtskräftig festgesetzt wurde:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 223a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar wegen eines der vorgenannten Straftatbestände eine Verurteilung rechtskräftig **erfolgt ist** bzw. eine Geldbuße rechtskräftig **festgesetzt** wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 6a Abs. 1 VOB/A i.V.m. § 6f Abs. 1 und 2 EU VOB/A ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

II. Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir meinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **stets** nachgekommen bin/sind.
- ☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar durch rechtskräftige Gerichtsentscheidung oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **nicht** nachgekommen bin/sind, ich/wir aber die Zahlungen zwischenzeitlich vorgenommen bzw. mich/uns zur Zahlung (inkl. Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen) verpflichtet habe/n (Nachweise sind beizufügen).

III. Sonstiges Fehlverhalten

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐ Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen

- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- nicht zahlungsunfähig ist, kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich nicht in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch welche die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird,
- keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge keine wesentlichen Anforderungen erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat bzw. dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- keine schwerwiegende Täuschung in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien begangen oder diesbezügliche Auskünfte zurückgehalten hat,
- keine gemäß § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zum Ausschluss von dem Vergabeverfahren berechtigende Verfehlung begangen hat.

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar ein Fehlverhalten im Sinne der vorstehenden Aufzählung begangen wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 6a Abs. 1 VOB/A i.V.m. § § 6f Abs. 1 und 2 EU VOB/A ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

H. Erklärung zu § 4 Abs. 1 NTvergG

Diese Erklärung bezieht sich nur auf Leistungen zur Auftragsausführung, welche innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland erbracht werden.

Bitte ankreuzen:

☐ Hiermit verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, bei der Ausführung der auf der Grundlage dieses Vergabeverfahrens zu erbringenden Bau- oder Dienstleistungen

1. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 Mindestlohngesetz (MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), in der jeweils geltenden Fassung, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (ab 01.01.2025: 12,82 Euro/ ab 01.01.2026: 13,90 Euro) zu zahlen und
2. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen zu zahlen. Diese können sich ergeben aus:
 - den Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG)
 - den Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)
 - den auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen sowie
 - aus einem auf der Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag im Sinne von § 4 Absatz 1 Nummer 1 sowie §§ 5 und 6 Absatz 2 des AEntG.

Soweit ich/wir Nachunternehmer einsetze/n, verpflichte ich mich/verpflichten wir uns weiterhin, den eingesetzten Nachunternehmern die vorstehende Erklärung sowie ggf. den Nachweis nach § 8 Abs. 2 NTVergG abzuverlangen und diese Erklärungen und Nachweise dem Auftraggeber vorzulegen.

I. Ausschlussgründe gemäß Verordnung (EU) 2022/576

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 09.04.2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Bitte ankreuzen:

☐ Der Bewerber/die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft gehören nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit oder die Niederlassung in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/an einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,

- c) durch das Handeln des Bewerbers/eines Mitglieds der Bewerbergemeinschaft im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf welche die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

☐ Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

☐ Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Anlage D01a: Referenzblatt Generalplanung

(Bitte in der erforderlichen Anzahl vervielfältigen)

Referenzleistung Nr.	
Bezeichnung des Projektes	
Auftraggeber	
Anschrift	
Ansprechpartner	
Telefonnummer	
E-Mail	
<p>Art des Vorhabens</p> <p>Beachten Sie diesbezüglich die Anforderungen in den Anlagen A01: Eignungskriterien, Krit. 3a) und A02: Auswahlkriterien</p>	
<p>Bauvolumen</p> <p>(KG 300-400 mindestens 1.000.000 Mio. EUR brutto)</p>	
<p>Die Leistungen wurden als Generalplaner erbracht?</p> <p>(mindestens Generalplanung nach HOAI LPH 2 bis 5)</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja</p> <p><input type="checkbox"/> Nein</p> <p>Bearbeitete LPH gem. HOAI:</p>
<p>Leistungszeitraum</p> <p>(Abschluss, d.h. Abnahme der schlüsselfertigen seit dem 01.01.2016)</p>	

Anlage D01b: Referenzblatt GU-Projekt

(Bitte in der erforderlichen Anzahl vervielfältigen)

Referenzleistung Nr.	
Bezeichnung des Projektes	
Auftraggeber	
Anschrift	
Ansprechpartner	
Telefonnummer	
E-Mail	
<p>Art des Vorhabens</p> <p>Beachten Sie diesbezüglich die Anforderungen in den Anlagen A01: Eignungskriterien, Krit. 3b) und A02: Auswahlkriterien</p>	
<p>Bauvolumen</p> <p>(KG 300-400 mindestens 1.000.000 Mio. EUR brutto)</p>	
<p>Die Leistungen wurden als Generalunternehmer erbracht?</p> <p>(mind. Generalplanung nach HOAI ab LPH 5 und Ausführung aller erforderlichen Bauleistungen)</p>	<p><input type="checkbox"/> Ja</p> <p><input type="checkbox"/> Nein</p> <p>Bearbeitete LPH gem. HOAI:</p>
<p>Leistungszeitraum</p> <p>(Abschluss, d.h. Abnahme der schlüsselfertigen seit dem 01.01.2016)</p>	

Anlage D02: Nachunternehmerverzeichnis

Bitte ankreuzen:

- ☐ Der Einsatz von Nachunternehmern ist **nicht** vorgesehen
- ☐ Die nachfolgend genannten Leistungen sollen durch Nachunternehmer ausgeführt werden:

Name und Anschrift des Nachunternehmers	Art und Umfang der Leistung

Anlage D03: Verpflichtungserklärung

Name und Anschrift des Nachunternehmers/verpflichteten Unternehmens

Wir bestätigen hiermit dem Bewerber/der Bewerbergemeinschaft zur Vorlage und Bestätigung gegenüber dem Auftraggeber, dass wir uns verbindlich gegenüber dem Bewerber/der Bewerbergemeinschaft verpflichten, im Fall der Zuschlagserteilung an den Bewerber/die Bewerbergemeinschaft, diesem/dieser die im Teilnahmeantrag angegebenen Leistungen zu erbringen und Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir bestätigen, dass wir über die erforderlichen Mittel verfügen und diese dem Bewerber/der Bewerbergemeinschaft im Falle der Zuschlagserteilung in dem zur Leistungserbringung erforderlichen Maß zur Verfügung stellen.

Im Übrigen erklären wir wie folgt:

A. Verurteilungen/Geldbußen

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐ Ich/wir erkläre/n, dass **keine** Person, deren Verhalten im Sinne von § 123 Abs. 3 GWB meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen eines der folgenden Straftatbestände rechtskräftig verurteilt worden ist **und** gegen mein/unser Unternehmen **keine** Geldbuße gemäß § 30 OWiG wegen eines dieser Straftatbestände rechtskräftig festgesetzt wurde:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 223a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar wegen eines der vorgenannten Straftatbestände eine Verurteilung rechtskräftig **erfolgt ist** bzw. eine Geldbuße rechtskräftig **festgesetzt** wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 6a Abs. 1 VOB/A i.V.m. § 6f Abs. 1 und 2 EU VOB/A ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

B. Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐ Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir meinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **stets** nachgekommen bin/sind.

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar durch rechtskräftige Gerichtsentscheidung oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung **nicht** nachgekommen bin/sind, ich/wir aber die Zahlungen zwischenzeitlich vorgenommen bzw. mich/uns zur Zahlung (inkl. Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen) verpflichtet habe/n (Nachweise sind beizufügen).

C. Sonstiges Fehlverhalten

Bitte eine der Möglichkeiten ankreuzen:

☐ Ich/wir erkläre/n, dass mein/unser Unternehmen

- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- nicht zahlungsunfähig ist, kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich nicht in Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch welche die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird,
- keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- bei der Ausführung früherer öffentlicher Aufträge keine wesentlichen Anforderungen erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat bzw. dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- keine schwerwiegende Täuschung in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien begangen oder diesbezügliche Auskünfte zurückgehalten hat,
- keine gemäß § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zum Ausschluss von dem Vergabeverfahren berechtigte Verfehlung begangen hat.

☐ Ich/wir erkläre/n, dass zwar ein Fehlverhalten im Sinne der vorstehenden Aufzählung begangen wurde, aber ich/wir Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 6a Abs. 1 VOB/A i.V.m. §§ 6f Abs. 1 und 2 EU VOB/A ergriffen habe/n (Nachweise sind beizufügen).

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Anlage D04: Bewerbergemeinschaftserklärung

Name des bevollmächtigten Vertreters der Bewerbergemeinschaft

Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #1 der Bewerbergemeinschaft

Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #2 der Bewerbergemeinschaft

Name und Anschrift des weiteren Mitglieds #3 der Bewerbergemeinschaft

Wir bilden eine Bewerbergemeinschaft und erklären, dass

- der o. g. Vertreter bevollmächtigt wird, die Bewerbergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber im Vergabeverfahren rechtsverbindlich zu vertreten,
- die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Falle einer Auftragserteilung als Gesamtschuldner haften,
- die im Teilnahmeantrag abgegebenen Erklärungen zum Nichtvorliegen gesetzlicher Ausschlussgründe für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft gleichermaßen gelten.

Name und Position des/der Unterzeichnenden

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Name und Position des/der Unterzeichnenden

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

.....
Name und Position des/der Unterzeichnenden

.....

Ort, Datum

.....

Unterschrift